



könne, daß gewissermaßen Reformen an der kapitalistischen Wirtschaftsform vorgenommen werden, Reformen, die den Kapitalismus bestehen lassen. Der Kongreß hat die Resolutionen beider Redner angenommen, ohne diesen Unterschied der Auffassungen klarzustellen und sich für die eine oder andere zu entscheiden.

Darin liegt eine Gefahr. Die Arbeiterklasse muß sich darüber klar sein, daß diese verschiedenen ökonomischen Auffassungen Ausgangspunkte verschiedener politischer Methoden sind. „Gemeinwirtschaftliche Regelungen“, mit denen man die bösesten Erscheinungen des Kapitalismus unschädlich zu machen glaubt, sind nur möglich durch Verträge mit dem Unternehmertum, womit nicht gesagt sein soll, daß solche Verträge damit wirksam werden. Wir finden vielmehr, daß wiederholte Bemühungen solcher Art, teils von rechtssozialistischen Ministern vorgenommen und in sogenannten gemeinwirtschaftlichen Körperlichkeiten erprobt, die Unwirksamkeit dieser Methode bereits erwiesen haben. Aber hier beginnt der Abstieg in die Niederungen der wider natürlichen Koalitionen und Kompromisse, aus denen wir unbedingt heraus müssen, wenn Wahrheit werden soll, was auf dem Kongreß verkündet wurde, nämlich daß die Arbeiterklasse, in den Gewerkschaften vereint, eins sei im wirtschaftspolitischen Kampfe. Und darum warnen wir, darum wiederholen wir mit Nachdruck die Warnungen Hilferdings vor diesen Abwegen.

Es ist unfehlbar, daß auf dem Kongreß ein entschlossener und ehrlicher Wille zum Kampf für den Sozialismus zum Ausdruck gekommen ist. Und er darf nicht verkümmern und enttäuscht werden durch eine Taktik. Dreierlei hat Aufhäuser in seiner Schlusrede mit Recht als Ergebnis des Kongresses festgestellt: Die Kampfgemeinschaft der Gewerkschaften und Betriebsräte, die Einheit der Hand- und Kopfarbeiter, die Solidarität der Arbeitslosen und der Arbeitenden. Zu der Tat, ein bedeutungsvolles Ergebnis. Soll es nicht verpuffen, dann müssen diese illustrierten Methoden vermieden werden.

## Die Bergarbeiter und die Sozialisierung

In einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ behandelt A. Otter - Bochum die gegenwärtige Lage des Ruhrreviers. Ueber die Haltung der Bergarbeiter, zu der jetzt im Vordergrund des Interesses stehenden Frage der Sozialisierung macht Otter die folgenden bemerkenswerten Ausführungen:

Der Kampf, der um die Durchführung der Sozialisierung zwischen Arbeit und Kapital demnächst im Ruhrrevier durchgefochten werden muß, wird hart und schwer sein, und seine Formen lassen sich heute nur ahnen. Unvorbereitet wird er die Ruhrbergarbeiter nicht vorfinden. Trotz der erst kürzigen Tätigkeit, die die Betriebsräte auf den Ruhrgruben hinter sich haben, hat sie ihnen Erfahrung, Kenntnisse und Einblicke in die Bergbauverhältnisse gewährt, die die Durchführung der Sozialisierung wesentlich erleichtern werden. Seit der Tagung des internationalen Bergarbeiterkongresses in Genf wird es im Ruhrrevier von Tag zu Tag lebendiger. Nicht etwa in Streiks oder Putsch, sondern in nüchternen, klarer, aber zielbewusster Heberlegung, der Dinge wartend, die da nun kommen werden, bereitet sich die Knappenchaft vor. Allen Bergarbeiterorganisationen daran, hat der alte Bergarbeiterverband die Sozialisierungsfrage von neuem aufgerollt und auf der letzten Tagung in Bochum, auf der alle Bezirke Deutschlands vertreten waren, einmütig das Signal zum Vormarsch in der Sozialisierungsfrage gegeben. Das Signal lautet: Sofortige Sozialisierung des Bergbaus unter völliger Ausschaltung des Privatkapitals. Wurde dieses Signal von den Ausgebeuteten einstimmig und freudig aufgenommen, so erregte es, wie nicht anders zu erwarten war, bei den Ausbeutern mächtiges Knurren und Murren. Ihr Grollen ist der beste Beweis dafür, daß sie die Sozialisierung fürchten und sie mit allen Mitteln zu verhindern suchen werden. Koch ist die Durchführung der Sozialisierung nicht da, noch sind die großen Widerstände, die die Bourgeoisie ihr entgegenzusetzen vermag, nicht überwunden. Aber der revolutionäre Wille und die elementare Kraft des Proletariats wird über alle diese Widerstände hinwegschreiten. Der Wille des Volkes wird siegen. Welche Formen der Kampf um die Sozialisierung annehmen wird, läßt sich im voraus schlecht sagen; es hängt alles von den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, der Geschlossenheit des Proletariats sowie von den Widerständen der Goldkönige ab.

Otter weist ferner mit Recht darauf hin, daß durch den Streit um die 21 Bedingungen innerhalb der U. S. P. D. die Gefahr besteht, daß das Proletariat um die Erfüllung der wichtigsten Forderung, der Sozialisierung des Bergbaus, gebracht wird.

„Sollte der Kampf“, so schließt er seinen Artikel, „der in den nächsten Wochen oder Monaten für die Sozialisierung in ganz Deutschland einfließt, durch den Streit beeinträchtigt werden, so tragen für die Folgen diejenigen die Verantwortung, die alles Heil von Rossau erwarten, durch ihr Vorgehen das deutsche Proletariat in seiner Aktionsfähigkeit schwächen und so die notwendige deutsche Revolution hintertreiben.“

## Maßnahmen gegen Betriebsstilllegungen

Dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist vom Reichswirtschaftsministerium und Reichsarbeitsministerium gemeinsam die seit längerer Zeit angekündigte Verordnung über die Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stilllegungen vorgelegt worden.

Die Verordnung sieht eine Anmeldepflicht vor für ganzen oder teilweisen Abbruch von Betriebsanlagen sowie für die ganze oder teilweise Stilllegung eines Betriebes, sofern sie mit Arbeiterentlassungen im gewissen Umfange verbunden sind. Die Verordnung bezieht sich auf industrielle Betriebe sowie auf die Betriebe des Verkehrsgebietes ausschließlich des Reiches und der Länder, soweit in ihnen mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt werden. Von der Anzeigepflicht läuft eine Sperrfrist von vier Wochen im Falle der beabsichtigten Stilllegung, von sechs Wochen im Falle des beabsichtigten Abbruchs, welche letzterer unter gewissen Voraussetzungen um weitere drei Monate verlängert werden kann. Während dieser Zeit darf im Betriebe keine Veränderung der Sach- und Rechtslage vorgenommen werden, die seine ordnungsmäßige Führung beeinträchtigen könnte.

Die Sperrfrist dient dazu, den für die Durchführung der Verordnung zuständigen Demobilisationsbehörden Gelegenheit zu geben, im Benehmen mit der Betriebsleitung und dem Betriebsrat sowie gegebenenfalls mit örtlichen und sachlichen Sachverständigenorganisationen Hilfsmittel zu ergreifen, um dem Abbruch bzw. der Stilllegung vorzubeugen. Eine genaue Ausführungsanweisung an die Demobilisationsbehörden

weist diesen im einzelnen die Wege wie sie je nach der Ursache der für die Stilllegung oder den Abbruch maßgebenden Schwierigkeiten Maßnahmen zur Stützung des Betriebes ergreifen können (z. B. produktive Erwerbslosenfürsorge, öffentliche Aufträge). Dabei ist ausdrücklich hervorgehoben, daß nicht jede Stilllegung als ein volkswirtschaftliches Unglück betrachtet werden darf. Vielmehr kann die Infolge des Spaa-Abkommens verhärtete Kohlenlage leicht dazu führen, daß gewisse Einschränkungen der industriellen Produktion im Interesse einer möglichst wirtschaftlichen Ausnutzung der vorhandenen Rohstoffe sogar angeordnet werden müssen.

Der Gesichtspunkt einer möglichst rationalen Ausnutzung der vorhandenen Roh- und Betriebsstoffe kommt in der Verordnung auch dadurch zum Ausdruck, daß die Demobilisationsbehörden ermächtigt werden, nach der Anzeige der beabsichtigten Stilllegung oder des beabsichtigten Abbruchs die im Betriebe vorhandenen Vorräte zu beschlagnahmen und zu enteignen. In erster Linie sollen auch hier die im Betriebe vorhandenen Kohlenvorräte erfasst und weiterer produktiver Verwendung zugeführt werden.

Es muß gefordert werden, daß bei der Durchführung dieser Verordnung den Betriebsräten die weitestgehende Mitwirkung zugesichert wird. Ihre Aufgabe muß es sein die Verordnung zu benutzen, um sowohl dem Egoismus der Unternehmer zu begegnen als auch allgemeine sozialistische Grundsätze durchzusetzen.

## Wilder Streik in Heegermühle?

Von der Direktion des Märkischen Elektrizitätswerkes wird mitgeteilt: Nachdem am Montag im Kraftwerk Heegermühle des Märkischen Elektrizitätswerkes die Belegschaft in einen wilden Streik getreten war, der von einer Minderheit durch Terror erzwungen war, gelang es der Vermittlung der Gewerkschaftsführer, die Belegschaft zu einer geheimen Abstimmung zu bewegen, die mit überwältigender Mehrheit die sofortige Annahme der Arbeit beschloß. Die Arbeit wurde darauf am gleichen Abend wieder aufgenommen. Die Rädelführer der Bewegung, die unter dem Namen revolutionäre Betriebsorganisation marschiert, holten darauf aus den umliegenden Industriebetrieben ihre Anhänger heraus und eroberten in einer Stärke von 1000 Mann das Kraftwerk, zwangen die Belegschaft zum Verlassen des Betriebes, bildeten einen Aktionsausschuß und legten die Stromlieferung an die gesamte von diesem Kraftwerk versorgte Industrie und Landwirtschaft still. Nachdem durch ein hartes Aufgebot von Sicherheitspolizei die außerordentlichen Elemente vertrieben und das Kraftwerk der Betriebsleitung des Märkischen Elektrizitätswerkes übergeben wurde, ist zunächst zur Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe ein Notbetrieb durch die Technischen Komitee aufgenommen worden. Nachdem genügend Schutz für die arbeitswillige Belegschaft bereit steht, ist mit der Wiederaufnahme des vollen Betriebes zu rechnen.

Das klingt recht offiziös gruselig ausgemacht und es bleibt abzuwarten, wieviel von der Geschichte Wahrheit ist. Stimmt die Meldung indes auch nur zum Teil, so halten wir das Vorgehen für einen Fehler. Eben haben auf dem Betriebsräte-Kongreß die Redner aller politischen Richtungen planlos Einzelaktionen für verfehlt erklärt und ein Verfahren verurteilt, das nach Putsch aussieht und als Putsch wirken muß.

## Das Aufrüsten der weißen Banden

Die Freikorps, die nach dem Rapp-Putsch angeblich aufgelöst werden sollten, haben ihre Angehörigen auf dem Lande untergebracht und in festen militärischen Verbänden zusammengeschlossen. Sie konnten diese Arbeit ungehindert vollbringen, weil sich kein Staatsanwalt darum kümmerte, den Erlaß des Reichspräsidenten Ebert gegen sie anzuwenden. Die Tatsache, daß es sich bei den Freikorpsführern nicht darum handelte, den entlassenen Soldaten Arbeit nachzuweisen, geht daraus hervor, daß die Unterbringung auf dem Lande nach genauen militärischen Normen und Formen erfolgt. Es sind alle Waffengattungen vertreten, die wieder unter sich in einzelnen Bezirken untergebracht sind, um jeden Augenblick operationsfähig zu sein.

Diese Tatsachen sind der Staatsanwaltschaft seit Monaten bekannt. Sie hat genaue Unterlagen zugestellt erhalten, die keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß es sich um eine Bande handelt, die nach dem Erlaß Eberts mit Justizhaus bestraft werden müßte. Aber die Staatsanwaltschaft hat das Material in ihren Schreibtisch verschlossen und den Ebertschen Erlaß bloß für gegen Arbeiter angewendet. Durch diese rücksichtslose Nachsicht, die den Freikorpsführern bei ihrer Bandenbildung zuteil wurde, ist es dahin gekommen, daß zwar Einwohnerwehren und Zeitsfreiwilligenkorps der Form nach aufgelöst worden sind, an ihre Stelle aber der bewaffnete, militärisch formierte Selbstschutz getreten ist.

Die Bewaffnung ist musterhaft durchgeführt, teils haben die Freikorps ihre Waffen mit aufs Land genommen und sie auf den Gütern verstaubt, teils werden sie ihnen durch die Reichswehr und das Reichsverwertungsamt zugeföhrt. Die Ausrüstung der Generalevolution ist also fix und fertig. Die Führer rechnen anscheinend damit, in kürzester Zeit einen vernichtenden Schlag führen zu können.

In den letzten Tagen haben in den verschiedenen Gegenden Deutschlands Bepfropfenen Ratigelunden, an denen hervorragende Vertreter der Industrie und auch die Mittelsmänner der Reichswehr teilnahmen. Der immer noch rückwärts verfolgte Hauptmann Pfeiffer, der sein Domizil im Kreise Arnswalde aufgeschlagen hat und dessen Wohnort dem Staatsanwalt des außerordentlichen Gerichts ebenfalls seit Monaten genau bekannt ist, war in der letzten Woche im Ruhrgebiet und hatte dort Besprechungen mit Offizieren und Industriellen. Er hat auch dem General Watter einen Besuch abgestattet, der gegenwärtig in Bad Deynhausen wohnt und dort neue Operationspläne ausbrütet. Pfeiffer hat bei den Besprechungen die Teilnehmer zu geheimerer Tätigkeit aufgefordert. Er machte ihnen den Vorwurf aller großer Schlappheit und verlangte, das Versäumnis so schnell wie möglich nachzuholen, da über kurz oder lang die Entscheidung kommen müßte. Auch in Berlin haben Besprechungen der Freikorpsführer stattgefunden. Hier waren es vor allem die Offiziere des früheren Detachements Koffbach, die die Verbindungen mit maßgebenden politischen und militärischen Personen herstellten. Es war ihnen vor allem daran gelegen, Rassen sicherzustellen und neue zu erlangen.

Die Vorgänge hängen aufs engste zusammen mit dem erbitterten Bruderkampfe, der seit einigen Wochen die härteste Partei des Proletariats, die U. S. P. D., zerfleischt. Es ist ganz selbstverständlich, daß dieser Kampf die Arbeiterbewegung im allgemeinen schwächt und die Machtposition der Reaktion ungemein häßt. Die gestrigen Feinde der Arbeiterbewegung sind deshalb bestrebt, die Situation für ihre Zwecke auszunützen. Sie scheinen ihnen günstiger denn je zu sein. Schon wird davon gesprochen, daß die Zeit des Parteitags in Halle zum Vorschlagewählt worden sei, zumal in der gleichen Woche auch die U. S. P. D. in Cassel tagt. Das Proletariat, von seiner Führern enttäuscht, soll dann eine leichte Beute der Reaktion werden.

Es ist klar, daß diese nach dem Mißerfolg des Märzputches nicht wieder den Kugelhaken machen wird. Nein, er wird ihre

Prozessuren vorziehen, die Arbeiterklasse zum Vorschlagewählung aufzuklehen, um sie dann um so sicherer erdroffeln zu können. Die Arbeiterklasse hat daher die heilige Pflicht, auf der Hut zu sein und allen verlockenden Versuchen, sie zur „Altkon“ zu bewegen, Trost zu bieten. Denn sie würden mitten in das Verderben hineinföhren.

## Ein unerwarteter Besuch

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Gestern, vormittag um 11 Uhr früh, erschienen in meinem Zimmer drei Polizeibeamte, mit einer Liste der Mitglieder der russischen Gewerkschaftsdelegation in Händen. Ein Polizeibeamter erkundigte sich zunächst, ob wir im Besitz von Pässen sind. Aber natürlich, der moderne Mensch besteht ja aus Seele, Körper und Paß. Nachdem der Polizeibeamte sich unsere Pässe angesehen hatte, fragte er mich, womit wir uns in Berlin beschäftigen. Ich bestrich seine bewußte Neugierde und sagte: „Wir informieren die deutschen Gewerkschaften über die Lage in Rußland und informieren uns selber über die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.“ Die Vertreter der Polizei befanden sich ein lebhaftes Interesse für die Bücher, Zeitungen und Broschüren und besonders für die Manuskripte, die auf dem Tisch lagen. Als sie begannen, in meinen Büchern und Papieren zu wühlen, fragte ich einen Polizeibeamten, ob er bevollmächtigt sei, eine Hausdurchsuchung bei mir zu machen? Er antwortete, daß er wohl dazu bevollmächtigt sei, aber daß er nicht die Absicht habe, eine Hausdurchsuchung zu machen, sondern nur sehen wollte, was bei mir los sei.

Inzwischen war ein anderer Polizeibeamter, der die russische Sprache beherrschte, an die Schreibmaschine herangetreten — als die Polizeibeamten kamen, diktierte ich gerade einen Artikel über die deutsche Gewerkschaftsbewegung für das Organ des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, dessen verantwortlicher Redakteur ich bin — und begann aufmerksam mein Manuskript zu lesen. Sozialismus, Kommunismus, Gewerkschaftsbewegung, Gewerkschaftsbureaukratie — all das interessierte anscheinend den Polizeibeamten sehr und aus Wissensbegierde hat er mich um den Anfang meines Artikels. Ich antwortete, daß ich ihn schon abgeschickt hätte. Er war sehr enttäuscht und begann, mit großem Interesse die 10. Seite des Artikels zu lesen, die auf dem Tisch gelegen hatte.

Nachdem die Beamten noch in den Büchern gewühlt hatten, verlangten sie die Pässe der bei mir anwesenden Bekannten zu sehen und gingen dann endlich fort. Während dieses Besuches fanden auf der Treppe neben meiner Tür noch drei Mann und unten im Hotel noch mehrere Polizeibeamte, die niemandem in das Hotel hinein und niemandem hinaus ließen. Auf meine Frage, welchem Umstand ich diesen Besuch zu verdanken habe, antwortete der Polizeibeamte, daß er nur einen erhaltenen Befehl ausführe. Bei all unserer russischen Gostfreundlichkeit wäre es uns doch lieb, wenn uns nur diejenigen besuchten, die wir einladen. Wir finden für diesen Besuch nur eine Erklärung. Als wir nach Berlin kamen, lud uns Herr Simons zu sich ein. Das Präsidium der Delegation besuchte den Minister für Auswärtige Angelegenheiten und unterhielt sich mit ihm 15 bis 20 Minuten über politische Fragen. Vielleicht hat nun Herr Staatssekretär Simons diesen Besuch durch seine Polizeibeamten erwidern lassen? A. Kosowsky.

Auf unsere Anfrage beim Auswärtigen Amt wird uns von diesem mitgeteilt, daß es in keiner Weise die Hausdurchsuchung beim Genossen Kosowsky veranlaßt habe, und daß auch der Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit, Herr Weismann, erklärt habe, keine derartige Anweisung gegeben zu haben. Auch das Berliner Polizeipräsidium will keinen Beamten mit dem Besuch bei Kosowsky beauftragt haben. Wenn das alles stimmt, dann geht die Spitze von den Geheimagenten der antibolschewistischen Liga aus, die schon im vorigen Jahre wiederholt unbedingte Hausdurchsuchungen vorgenommen haben, ohne daß sie von den Behörden zur Rechenschaft gezogen wurden. Wenn das Auswärtige Amt und das Polizeipräsidium die Belästigung fremder Gäste nicht billigen, dann haben sie die Pflicht, die Spuren der Spitze zu verfolgen und sie zur Verantwortung zu ziehen. Es liegt eine Amtsanmaßung vor, die strafbar ist.

## Eine freche Annäherung

Augsburg, 7. Oktober.

Dieser Tage erliefen bei der Direktion des Werkes Augsburg-Kirchberger Maschinenfabrik eine Enquete-Kommission, um den Bestand an Diesel-Rotoren aufzunehmen; dabei erklärte der Führer der Kommission, daß sämtliche in Deutschland befindlichen Diesel-Rotoren vernichtet werden sollen, angeblich, um zu verhindern, daß sie wieder für U-Bootzwecke Verwendung finden könnten. Die Direktion erklärte, sich mit allen Mitteln der Vernichtung zu widersetzen. Eine Abordnung von Angestellten und Arbeitern ist nach Berlin abgereist, um mit den zuständigen Reichsstellen und dem Betriebsräte-Kongreß in Fühlung zu treten. Auch Mitglieder der Direktion sind nach Berlin geföhren, um beim Reich vorstellig zu werden.

Wie wir hören, sind diplomatische Schritte im Sinne einer Anhebung der Anordnung der Entente auf Vernichtung der Dieselmotoren im Gange.

## Frankreich gegen Oesterreichs Anschluß an Deutschland

Die französische Regierungspresse wendet sich scharf gegen den Beschluß der österreichischen Nationalversammlung auf Veranlassung einer Volksabstimmung in Oesterreich in der Frage des Anschlusses an Deutschland. Die Zeitungen erklären, daß für Frankreich auch ein Plebiszit für den Anschluß keine Veranlassung sein werde, von diesem ablehnenden Standpunkt abzuweichen. Das bedeute keinen Eingriff in die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Deutsch-Oesterreichs, die durch die Verträge von St. Germain und Versailles durchaus sichergestellt sei.

## Schweres Eisenbahnunglück

Venedig, 8. Oktober.

Heute nacht ließ auf der Brücke über die Lagune der Zug Venedig-Bologna auf den Schluß des nach Mailand bestimmten wegen Erntemotors aufgeschalteten Zuges auf. Zwei Wagen 3. Klasse des Mailänder Zuges und die Lokomotive, Postwagen und Postwagen des Zuges nach Bologna wurden heftig beschädigt. Der Zug 3. Klasse festgesetzt, man fürchtet jedoch, daß diese Zahl noch steigern wird, denn der Zustand mehrerer Verletzte ist hoffnungslos. Die Postarbeiter und die Arbeiter mehrerer Fabriken haben zum Zeichen der Trauer die Arbeit eingestellt.

Herabsetzung der Militärdienstpflicht in Frankreich. Nach einer Meldung des „Pariser Journal“ ist der Gesetzentwurf über die Herabsetzung der Dienstpflicht auf zwei Jahre festgelegt. Er soll den Kammern sofort nach ihrem Wiederzusammentritt vorgelegt werden.





# Erster Betriebsräte-Kongress Deutschlands

## Schlussbericht

(Fortsetzung aus der gestrigen Abendausgabe.)

Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung Thun-Augsburg, die auf die von der Reichsregierung geforderte Zerstörung von im Bau befindlichen und auch bereits zu gewerblichen Zwecken benutzten Dieselmotoren hinweist und von der Reichsregierung verlangt, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß dieser ungeheure Beschluß der Reichsregierung zurückgezogen wird. Die Betriebsräte würden die Belegschaften auffordern, bei dem von der Entente beschlossenen Vernichtungswert wirtschaftlicher Werte nicht Hand anzu legen. Das Verbot des Baues von Dieselmotoren würde die Lahmlegung eines blühenden Wirtschaftszweiges und somit eine noch tiefere Verelendung der werktätigen Bevölkerung bedeuten. Zu dieser Entschließung bemerkt der Vorsitzende Graumann, daß es mit der Annahme allein nicht getan sei, sondern, daß diese Entschließung dem Vorliegenden der Arbeiterbewegungskommission selbst übergeben werden und ihm erklärt werden solle, daß die deutsche Arbeiterschaft sich das nicht gefallen läßt. Vorsitzender Tuschhäuser appelliert an die ausländischen Arbeiter und Angehörigen, die deutschen Arbeiter in diesen Dingen zu unterstützen.

Einstimmig angenommen wurden ferner eine Entschließung, die der Würtembergschen Regierung die schärfste Mißbilligung ausspricht darüber, daß sie der Betriebsräte Mißbilligung und den zahlreichen Maßregelungen bei Daimler, Bosch und anderen ruhig zuseht. Ein Antrag, bei Verletzung des Betrags darauf zu achten, daß beide Aufstellungen der Stärke nach verizet werden, wird von Koenen-Merleburg dahin kommentiert, daß dieser Antrag bedeute, daß der Betrag auf dem Kongress gewählt werden soll. Tuschhäuser bemerkt dagegen, daß der Antrag zu spät eingegangen sei. Er ist übrigens erledigt dadurch, daß durch die Annahme der Richtlinien die Wahl des Betrags durch die Industriegruppen bereits festgelegt ist.

Eine Protestresolution der Eisenbahner, die sich gegen die Richtlinien des Reichsverkehrsministeriums, die die Aufhebung der Betriebsräte bedeuten würden, sowie gegen das angebotene Verbot der Transport- und Munitionskontrolle wendet, wird einstimmig angenommen.

Es folgen einige persönliche Bemerkungen. Richard Müller-Berlin weist Dikmanns Darstellung von der Einigung in Berlin als Beschimpfung der Berliner Arbeiter entschieden zurück. (Beifall.)

Dikmann stellt fest, daß es ihm nicht im Traum eingefallen ist, die Berliner Arbeiterklasse zu treffen, sondern die, die mit schonungsloser Rücksichtslosigkeit diese Einigung herbeigeführt haben. (Lärm und lebhafter Beifall.)

Schaumburg-Berlin gibt für die Opposition die Erklärung ab, daß sie die Konsequenzen aus den Beschlüssen des Kongresses ziehen wird. Die Ereignisse der nächsten Woche werden die politischen Beschlüsse des Kongresses hinwegfegen. Koenen-Merleburg wendet sich lebhaft gegen den Vorwurf der Zersplitterung der Gewerkschaften.

Es gelangt dann noch eine Resolution zur einstimmigen Annahme, welche gegen die Verurteilung des Münchener Kommunisten Eisenberger zu 2 Jahren Gefängnis schärfsten Protest einlegt.

### Aushäusers Schlussansprache

Nicht nur unser Wirtschaftsleben, sondern auch die gesamte politische Arbeiterbewegung steht auf dem Wipfel, ja, es hegelt sogar. Aber am fernsten Horizont werden die ersten Strahlen der Sonne wieder sichtbar. Der Betriebsrätekongress hat die kräftige Quelle gezeigt, die den Gewerkschaften und den mit ihnen verbundenen Betriebsräten neue Kampfswaffen liefert. Die Unternehmer haben zu früh gezubelt. In der ökonomischen Vertiefung haben sich die Arbeiter eine neue Macht geschaffen. Große Fragen stehen zur Lösung: Sozialisierung des Bergbaues, der Kampf um die Kontrolle der Produktion. Es geht hier nicht um Einzelinteressen, sondern um die Ganze. Der Kongress hat einstimmig festgestellt, daß der heutige Kapitalismus überreif geworden ist und daß an seine Stelle der konsequente Sozialismus gesetzt werden muß. Der Betriebsrätekongress hat gezeigt, daß er gewillt ist, die Betriebsräte in den Dienst der sozialen Revolution zu stellen und die Revolution aus der Situation herauszuführen, in die sie gekommen ist und vielleicht auch kommen mußte. Die Gewerkschaften sind gewillt, nicht in der

alten Form zu erstarren, sie haben sich neue Waffen geschmiedet. Der konkrete Inhalt des Kongresses ist dreifach. Er hat drei große Kampfgesellschaften geschaffen: einmal die der freien Gewerkschaften und der Klassenbewußten Betriebsräte, zum zweiten die der Kopf- und Handarbeiter und drittens die der Arbeitenden und der Arbeitslosen. Bringen Sie auch der Ma das Vertrauen entgegen, damit die gemeinsame Arbeit fortgesetzt werden kann.

So hat der Kongress seine große historische Bedeutung. Gehen Sie hinaus ins Land und werden Sie die Gesandten für dieses Programm und arbeiten Sie für seine Erfüllung. Die Kontrolle der Produktion ist nur zu erreichen durch die Aktion der Gewerkschaften und der Betriebsräte. Der Kongress läßt uns mit gestärkter Zuversicht und erneutem Vertrauen vorwärtsblicken. (Lebhafter Beifall.) Stimmen Sie mit mir ein in den Ruf: Die auf dem Boden des konsequenten Sozialismus stehende Arbeiterbewegung, sie lebe hoch. Die Delegierten erheben sich von den Sitzen und stimmen begeistert in dieses Hoch ein.

Der erste deutsche Betriebsrätekongress ist damit geschlossen. (Stürmischer Beifall.) Unter Leitung des Sozialistenvereins leert sich der Saal.

Wir geben nachstehend die grundlegenden Resolutionen der Referenten Dikmann, Prolat und Körperl, die fast einstimmig zur Annahme gelangten, im Wortlaut wieder:

### Resolution Dikmann zum Aufgabenkreis der Betriebsräte

Die dem Kapitalismus innewohnenden imperialistischen Tendenzen haben den Weltkrieg heraufbeschworen, der Millionen Proletarier dahingemordet, unerbittbare Werte vernichtet und die Welt ins Elend stürzte.

Aber nicht nur der Weltkrieg selbst, sondern in verstärkter Maße haben seine Folgen immer breiteren Massen die Augen geöffnet für den Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die zur Hemmung der Produktionskräfte geworden. Das Wirtschaftsleben wird von Seiten, sich immer mehr zuspitzenden Krisen erschüttert, Keilen, die eine internationale Erschütterung und die zerstörenden Tendenzen des Kapitalismus enthalten.

Besonders aber erlitt die deutsche, im vorgezeichneten kapitalistischen Entwicklungsstadium befindliche Wirtschaft die schwersten Erschütterungen. Während die bestehende Klasse auch nach Krieg und Revolution ihre ganze Tätigkeit auf rücksichtslose Bereicherung einstellte, Mäcker und Profitwirtschaft die tollsten Willkür treiben, eine wahnsinnige Preistreiberi der Teuerung ins Unermessliche steigerte, ging die Kaufkraft der breiten Massen immer mehr zurück, ward der Reallohn der Schaffenden trotz ständiger Lohnkämpfe weiter gesenkt. Die Krise hat ein steigendes Aisensehen von Arbeitslosen und Kurzarbeitern geschaffen. Die von Unternehmern geübte Sabotage im Produktionsprozess verzerrt die gegenwärtige Krise, deren Ursache keine Ueberproduktion ist, sondern der ungeheure ungedeckte Bedarf der arbeitenden Schichten an Wohnung, Kleidung, Bedarfsartikel, Lebensmittel usw. kann infolge des stets sinkenden Reallohnes keine Deckung finden.

Wohl fällt die Entstehung des Betriebsrätegesetzes in die Zeiten revolutionärer Kämpfe des deutschen Proletariats. Indessen, weit davon entfernt, die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse auf ein Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozess zurückzuführen, bietet es eine große Zahl von Hemmnissen und Mängeln, gepaart mit dem Bestreben des bei der Gesetzgebung absehbaren Unternehmertums, jedes Vorbringen auf dem Gebiete wahrhaften, wirksamen Selbst- und Mitbestimmungsrechts der Hand- und Kopfarbeiter unmöglich zu machen, ihm mit allen kapitalistischen Machtmitteln zu begegnen.

In klarer Erkenntnis all dieser Mängel und Demerite des Gesetzes, wie auch des rücksichtslosen Widerstandes der ausbeutenden Klasse, tritt die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse an die den Betriebsräten durch die historische Situation gestellten Aufgaben heran, der Tatsache bewußt, daß die Rechte der Arbeiter erkämpft werden müssen, ihre Sicherstellung und Erweiterung nur durch die geschlossene Kampfhalanz aller klassenbewußten Hand- und Kopfarbeiter erfolgen kann.

In keinem Kern legt das Betriebsrätegesetz nur die Aufgaben der bisherigen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse gesetzlich fest. Aber selbst in diesem Aufgabenkreis werden den Betriebsräten durch das Gesetz viele Erschwernisse in den Weg gelegt, um ihre Tätigkeit selbst auf diesem Gebiet notwendiger engerer Tagesaufgaben unwirksam zu machen.

Die Betriebsräte wie die gesamte Arbeiterschaft aber müssen sich weit über den engen Rahmen des Gesetzes hinausgehende Ziele setzen und ihre gesamte Tätigkeit dementsprechend einstellen. Die Betriebsräte haben als Organe des proletarischen Klassenkampfes mitzuhelfen an dem großen Ringen um den Aufbau eines sozialistischen Gemeinwesens. Soll das Ziel — die Vergesellschaftung der Produktionsmittel — erreicht werden, so müssen die Träger der Produktion, die Hand- und Kopfarbeiter, gemeinsam sich geistig und organisatorisch darauf einstellen. Dies ist die zwingende Pflicht aller wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiterklasse, der Gewerkschaften und der aus ihrer Mitte delegierten Vertreter im Produktionsprozess, der Betriebsräte. Die Betriebsräte müssen sich mit allen Fragen beschäftigen, die für den Produktionsprozess in Frage kommen.

Wir fordern daher das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht für die Betriebsorganisation, Produktion, Preisbildung, den Warenabzug usw. als Vorstufe des zu erämpfenden alleinigen Bestimmungsrechts der Schaffenden.

Diese Forderungen mit allem Nachdruck zu vertreten und die ganze Macht der Organisation dahinter zu setzen, macht uns die gegenwärtige, die Klassengegensätze immer mehr verhärfende Wirtschaftskrise zu einer gebieterischen Pflicht. Jeder Tag gibt weitere Arbeitermassen der Arbeitslosigkeit preis, die Arbeitszeit wird reduziert, Betriebe eingekürzt und stillgelegt. Dem rücksichtslosen Unternehmertum und seiner zerstörenden Produktionslabotage müssen wir die Forderung der Produktionskontrolle entgegenstellen. Den Betriebsräten muß nicht nur volle Einflüß in alle die Weiterführung der Produktion (Rohstoffbezug, Warenabzug, Preisbildung und Auftragsabfertigung usw.) gewährt werden, sondern ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht.

Die von den Betriebsräten auszuübende Produktionskontrolle darf sich nicht auf die einzelnen Betriebe beschränken, sondern muß in planmäßigem Aufbau und organischer Fortentwicklung zu einer Gesamtkontrolle über die einzelnen Industriezweige (Rohmaterial, Aufträge, Produktivität, Verkauf, Statistik usw.) wie der Gesamtindustrie werden.

Diese Forderungen aufstellen und den Betriebsräten diese Aufgaben zuweisen, heißt den revolutionären Kampf des Proletariats erkennen. Die Unternehmer denken ebensowenig daran, ihre wirtschaftliche Macht preiszugeben wie den Arbeitern (Betriebsräten) ein wirtschaftliches Kontroll- und Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozess einzuräumen. Diese Tatsachen zwingen die Gewerkschaften, in das Zentrum ihrer Tätigkeit diesen revolutionären Kampf um die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie zu setzen, der organisierten Macht des jetzt ungenutzten Staatsapparats und dessen Machtmitteln verfügbaren Unternehmertums als einer herrschenden Minderheit entgegenzustellen die geschlossene Macht und den entschlossenen Willen der organisierten, kampfbereiten Hand- und Kopfarbeiter als der ausgeübten überwindenden Mehrheit.

Nur wenn in diesem Geist auf der ganzen Linie die Einstellung und Vorbereitungen durchgeführt werden, werden die Gewerkschaften vor ihrer historischen Mission bestehen:

Als einzige geschlossene Organisation des klassenbewußten Proletariats Kämpfer, Wegbereiter und Träger der proletarischen Wirtschaftsordnung zu sein!

### Antrag

Der Reichskongress der freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte Deutschlands beantragt die Betriebsrätezentrale, gemeinsam mit dem A. D. G. B. und der Ma die notwendigen Schritte einzuleiten, um die vom Reichskongress aufgestellten Forderungen einer Produktionskontrolle sofort an die Reichsregierung und den Deutschen Reichstag zu bringen. Das an diese Körperschaften zu richtende Verlangen auf eine beschleunigte Behandlung der Forderungen ist durch die Aktion der Gewerkschaften mit allem Nachdruck zu unterstützen.

### Resolution Prolat zur Organisierung der Betriebsräte

Die Arbeiterschaft hat die Kraft, die ihr als Klasse innewohnt, zur vollen Entfaltung zu bringen. An ihr liegt es, diese Kraft zur Tat werden zu lassen und sich aller ihr dazu bietenden Mittel zu bedienen. Den Betriebsräten sind durch ihre Stellung im Produktionsprozess bedeutende Aufgaben gestellt, deren Lösung ihnen eine große Verantwortung auferlegt. Die Betriebsräte sind ihren Rückhalt in den Gewerkschaften, die nach wie vor in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiete den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit anzutragen haben. Die Stützung an die Gewerkschaften ist geboten, weil die Betriebsräte ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie des Rückhalts der Gewerkschaften

# Sunger

Roman von Knut Hamsun.

2] Ich erhielt das Verlangte, sagte der alte, diesen Frau äußerst höflich Guten Morgen und bogab mich spornreichs den Schloßberg hinauf nach dem Park. Ich suchte mir eine Bank für mich allein und begann gierig von meinem Proviant zu zehren. Wie wohl das tat! Es war lange her, daß ich eine so reichliche Mahlzeit gehabt hatte, und nach und nach überkam mich dieselbe gefättigte Ruhe, die man nach langem Weinen empfindet. Mein Mut wuchs mächtig; es genügte mir nicht mehr, einen Artikel über etwas so Einfaches und Selbstverständliches zu schreiben wie „Die Verbrechen der Zukunft“, die übrigens jeder erraten konnte, ja, nur aus der Weltgeschichte herauszulesen brauchte; ich schloß mich einer größeren Anstrengung gewachsen, ich war in der Stimmung, Schwierigkeiten überwinden zu können, und bestimmte mir für eine Abhandlung in drei Abschnitten über „Die philosophische Erkenntnis“. Natürlich würde ich Gelegenheit finden, einige Sophismen Kants elendiglich zu zermalmen. Als ich meine Schreibfahnen hervorholte und mit meiner Arbeit beginnen wollte, entdeckte ich, daß ich meinen Bleistift nicht mehr hatte; der war beim Pfandleiher vergessen; er saßte in der Westentasche.

Herrgott, wie doch alles verkehrt ging! Ich suchte ein paar Mal, erhob mich von der Bank und ging auf den Weg hin und her. Ueberall war es still; weit fort am Lusthaus der Königin schoben ein paar Kindermädchen die kleinen Wagen umher, sonst war nirgend ein Mensch zu sehen. Ich war sehr erbittert und lief wie ein Rasender vor meiner Pant auf und ab. Wie schief es doch an allen Ecken und Kanten ging! Ein Artikel in drei Abschnitten mußte geradezu an dem einfachen Umstand scheitern, daß ich nicht einmal einen Bleistift für zehn Dore in der Tasche hatte! Wie, wenn ich nun nach der Bilsstrade zurückging und mit meinen Bleistift wiedergehen ließ? Dann war immer noch Zeit, ein tüchtiges Stück fertig zu bekommen, bevor die Spaziergänger den Park überfüllen. So konnte ja auch so viel von dieser Abhandlung über die „philosophische Erkenntnis“ abhängen; vielleicht das Glück mehrerer Menschen — wer konnte das wissen! Ich sagte mir, daß ich vielleicht jungen Menschen Hilfe bringen könne. Wenn ich mir's recht überlegte, mußte ich mich nicht an Kant vergreifen; das ließ sich vermeiden, ich brauchte nur eine ganz unmerkliche Schwen-

kung zu machen, wenn ich zur Frage von Zeit und Raum gelangte; für Renan wollte ich aber nicht einsteigen, für den alten Pfarrer Renan. Unter allen Umständen galt es, einen Artikel von so und so vielen Spalten zu schreiben; die unbezahlte Wohnungsmiete, der lange Blick der Wirtin, als ich ihr morgens auf der Treppe begegnet war, quälten mich den ganzen Tag und tauchten sogar in meinen frühlichen Stunden auf, wenn ich sonst gar keinen trüben Gedanken hatte. Dem mußte ich ein Ende machen. Eilig verließ ich den Park, um meinen Bleistift vom Pfandleiher zu holen.

Als ich den Schloßberg hinunter kam, holte ich zwei Damen ein. Indem ich an ihnen vorbeiging, streifte ich den Armel der einen; ich sah auf, sie hatte ein volles, etwas bleiches Gesicht. Plötzlich erstarrte sie und wird eigentümlich schön; ich weiß nicht weshalb, — vielleicht ein Wort, das sie von einem Vorübergehenden gehört, vielleicht nur ein stiller Gedanke. Oder sollte es etwa sein, weil ich ihren Arm berührt? Ihre gemöblte Brust hebt und senkt sich ein paar Mal und krampfhaft umschließt ihre Hand den Sonnenschirm. Was war ihr?

Ich blieb stehen und ließ sie wieder vorgehen; ich konnte in diesem Augenblick nicht weiter gehen, das Ganze kam mir so seltsam vor. Ich war in der reizbarsten Laune, ärgerlich über mich selbst wegen der Geschichte mit dem Bleistift, und im höchsten Grade erregt durch all die Nahrung, die ich auf leeren Magen zu mir genommen hatte. Mit einem Mal nahmen meine Gedanken durch irgend einen launenhaften Einfall eine merkwürdige Richtung; mich überkommt eine seltsame Lust, die Dame in Angst zu versetzen, sie zu verfolgen und auf irgend eine Weise zu beschäftigen. Wieder hole ich sie ein, gehe vorbei, drehe mich plötzlich um und stehe ihr von Angesicht zu Angesicht gegenüber, um sie zu beobachten. Ich stehe und sehe ihr in die Augen und erfinde im Nu einen Namen, den ich nie zuvor gehört, ein geogener, nervöser Laut: Hsajali! Als sie dicht vor mir steht, richte ich mich empor und sage eindringlich:

Sie verlieren Ihr Buch, Fräulein.

Ich hörte, wie mein Herz bei diesen Worten laut schlug. „Mein Buch?“ fragt sie ihre Begleiterin und geht weiter. Meine Arbeit wuchs, und ich folgte den Damen. In diesem Augenblick war ich mir klar bewußt, daß ich einen verrückten Streich machte, ohne etwas dafür zu können, meine mirre Stimmung ging mit mir und gab mir die wahrscheinlichsten Einfühlungen, die ich je empfunden habe. Ich hörte schenken. Es nützte nichts, daß ich mir noch soviel sagte, mein Betragen sei tödlich; ich machte die dümmsten Grimassen hinter dem Rücken der Dame und hüpfte ein paar Mal

wie rasend, wenn ich wieder an ihr vorbei kam. Wie ich so ganz leicht weiter ging, immer mit einigen Schritten Vorsprung, fühlte ich ihren Blick auf meinem Rücken, und ich duckte mich unwillkürlich nieder vor Scham, weil ich sie auf so unerhörte Weise beschäftigt hatte. Nach und nach kam eine wunderliche Empfindung über mich, als wäre ich weit fort, anderswo; ich hatte ein unklares Gefühl, — als wenn ich es gar nicht sei, der hier so gebückt auf den Steinsfliesen ging.

Ein paar Minuten später ist die Dame vor Pascha's Buchhandlung angekommen; ich bin schon vor dem ersten Fenster stehen geblieben, und als sie vorübergeht, trete ich wieder vor und sage:

Sie verlieren Ihr Buch, Fräulein.

„Aber nein, welches Buch?“ sagt sie ängstlich. „Begriffst du, von welchem Buch er eigentlich spricht?“

Und sie bleibt stehen. Ich ergöte mich grausam an ihrer Berührung, diese Rücksicht in ihrem Blick entzündet mich. Ihr Gedanke vermag meine kleine desperate Ansprache nicht zu fassen; sie hat gar kein Buch mitgebracht, nicht mal das Blatt eines Buches, und doch lacht sie in ihren Taschen, steht wiederholt ihre Hände an, wendet den Kopf, blüht auf das Straßenpflaster hinter sich, und strengt ihr kleines, hartes Gesicht an, um zu erründen, von welchem Buche ich eigentlich spreche. Ihr Antlitz verändert die Farbe, es nimmt bald diesen, bald jenen Ausdruck an, und sie atmet fast hörbar; selbst die Anspie an ihrem Kleide scheinen mich anzustarren wie eine Reihe erschrockener Augen.

„Beachte ihn doch gar nicht“, sagte ihre Begleiterin und zieht sie fort, „er ist ja betrunken; schißt du denn nicht, daß der Mensch betrunken ist?“

So fremd, wie ich mir selbst in diesem Augenblick war, eine vollständige Reute eigentümlicher und unfaßbarer Einfälle, — so ging doch nichts um mich her, ohne daß ich es bemerkte. Ein großer, brauner Hund lief quer über die Straße nach Livoli hinunter, er trug ein schmales Halsband aus Neufelber. Weiter hinaus in der Straße wurde in einem zweiten Stockwerk ein Fenster geöffnet, ein Mädchen schaute sich hinaus und begann die Stroben von außen zu putzen. Nichts entging meiner Aufmerksamkeit, ich war ganz klar und schamlos, alles kam mir mit einer so lebhaften Deutlichkeit auf mich ein, als würde plötzlich ein starkes Licht um mich her verbreitet. Die Damen vor mir hatten beide einen blauen Regenschirm am Hut und ein schottisches Seidenband um den Hals. Ich hielt sie für Schwestern.

(Fortsetzung folgt.)

Sicher sind. Der Ausbau der Gewerkschaften zu mächtigen Industrieverbänden ist Sache dieser Welt.

Die Betriebsräte sind innerhalb der Gewerkschaften organisch zusammenzufassen. Eine Sonderorganisation der Betriebsräte ist weder ökonomisch noch juristisch von Nutzen, sie würde vielmehr, abgesehen von einer Erziehung der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen durch die Betriebsräte lahmlegen. Dagegen ist eine örtliche Zusammenfassung der Betriebsräte im Hinblick auf die Ortsausschüsse des ADGB und der IFA, sowie der Schaffung einer Reichszentrale gemeinsam mit der Spitze der Gewerkschaften notwendig. Die örtliche Zusammenfassung der Betriebsräte und die Bildung einer Reichszentrale steht der Kongress nur auf dem Boden der Richtlinien des ADGB und der IFA gegeben. Der vom Kongress zu wählende Reichrat wird beauftragt, in Gemeinschaft mit dem geschäftsführenden Ausschuss sofort die Vorbereitung der Wahlen in den Betriebsratsstellen vorzubereiten, sobald deren Bezirk feststeht.

### Resolution Rörpel

I.

Das Betriebsrätegesetz hat sich in seiner praktischen Auswirkung nicht als die Grundlage erwiesen, welche zur Einarbeitung und Kontrolle der Produktion sowie zur Überführung der Wirtschaft in den Besitz der Allgemeinheit notwendig ist.

Aber auch die wenigen Rechte des Betriebsrätegesetzes werden systematisch durch das gesamte Unternehmens- bzw. die Arbeitgeberverweigerung sabotiert. Durch Herausgabe von Richtlinien und Anweisungen für ihre Mitglieder versuchen die Arbeitgeberverbände die praktische Arbeit der Betriebsräte unmöglich zu machen.

Als diesen Gründen ist eine sinnvolle Arbeit der Betriebsräte unmöglich geworden. Die durch die Maßnahmen der Unternehmer in erster Linie hervorgerufene Wirtschaftskrise mit ihren ungeheuren Auswirkungen für die Arbeitnehmer erfordert jedoch die sofortige Einarbeitung und Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte, um aus dem Chaos der Wirtschaft herauszukommen. Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeitsfähigkeit der Betriebsräte sichergestellt wird durch eine bedeutende Erweiterung des unzulänglichen Betriebsrätegesetzes. Der erste Kongress der Betriebsräte Deutschlands fordert die Gewerkschaften auf, sofort eine Novelle zum Betriebsrätegesetz auszuarbeiten, in welcher die Geschäftsführung des Betriebsrats, das volle Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, das volle Mitbestimmungsrecht bei Betriebs-einrichtungen und Betriebsstilllegungen gesichert wird. Diese Novelle ist der Regierung, dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat zu übermitteln. Der erste Kongress der Betriebsräte Deutschlands fordert die Gewerkschaften weiter auf, die Mitglieder der freien Gewerkschaften durch die Betriebsräte über die getroffenen Maßnahmen aufzuklären und alle Schritte zu unternehmen, die notwendig sind, die Gesetzgebung der Novelle durchzuführen.

II.

Im § 72 des Betriebsrätegesetzes ist vorgesehen, daß den Betriebsräten eine Betriebsbilanz und Betriebs-gewinn- und Verlustrechnung vorzulegen ist. Das hierüber zu erlassende besondere Gesetz liegt noch nicht vor. Der erste Kongress der Betriebsräte Deutschlands fordert die Gewerkschaften auf, mit aller Energie dafür einzutreten, daß dieses Gesetz nunmehr schnellstens verabschiedet wird und daß die vorzulegende Betriebsbilanz und Betriebsgewinn- und Verlustrechnung nicht Unterlagen den Betriebsräten jede Möglichkeit gibt, daß die zur Regelung der Wirtschaft notwendige Kenntnis der Verhältnisse aus diesem vorzulegenden Material einwandfrei zu ersehen ist. Der erste Kongress der Betriebsräte Deutschlands erwartet, daß sich alle Bemühungen für die Durchführung dieser Forderung einsehen. Er erwartet weiter von den Betriebsräten, daß sie die ihnen zu machenden Angaben nur im Allgemeininteresse verwenden. Da der letzte Absatz des § 72 des Betriebsrätegesetzes, wonach über die gemachten Angaben Stillschweigen zu bewahren ist, dem Allgemeininteresse entgegensteht, werden die Gewerkschaften beauftragt, Schritte zu unternehmen, daß dieser Absatz in Wegfall kommt.

III.

Das nach § 70 des Betriebsrätegesetzes zu erlassende Gesetz über Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat liegt noch nicht vor. Der erste Kongress der Betriebsräte Deutschlands fordert die schnelle Verabschiedung dieses Gesetzes. Die Betriebsräte sollen im Aufsichtsrat das Allgemeininteresse vertreten. Sie haben infolgedessen das Recht, Forderungen und Anträge, welche das Allgemeininteresse wahren, zu stellen und alle gegen das Allgemeininteresse verstoßenden Anträge der übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates zu bekämpfen.

Da die Betriebsräte für ihre Handlungen den Belegschaftsmitgliedern verantwortlich sind, d. h. letzten Endes gegenüber der Allgemeinheit die Verantwortung tragen und von dieser zur Rechenschaft gezogen werden, kommt die Haftung der Betriebsräte, wie sie für die übrigen Aufsichtsratsmitglieder vorgeschrieben ist, welche nur kapitalistische Interessen vertreten, nicht in Frage. Das zu erlassende Gesetz darf derartige Bestimmungen nicht enthalten.

## Korridor- und Grenzfreunden

Von Lukas Schöder-Ebing.

Die Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Genossen Herz und dreier anderer Reisender durch polnische Militärs in Dirschau lenkt die Öffentlichkeit wieder einmal auf die haltlosen Verkehrszustände zwischen Ostpreußen und dem Reich. Weder die Regierung noch die Mehrzahl der deutschen Volksgenossen sind über die Dinge, die einer Aufhebung der Freizugigkeit und des Reisens gleichkommen, unterrichtet. Die nachfolgenden Zeilen haben darum Anspruch auf Interesse der weitesten Kreise.

Wollen wir Ostpreußen nach Berlin fahren, dann brauchen wir einen Ausweis. Also zunächst zum Photographen. Das Bild kostet etwa 3 M. Dann müssen wir zur Polizei. Hier sind wir vier Bureau zu absolvieren und außerdem muß eine Stempelmarke für 3 M. gekauft werden. Nun beginnen die eigentlichen Schwierigkeiten: neben dem deutschen ist das polnische Visum nötig. Der polnische Konsul wohnt in Königsberg. Wer Zeit hat, kann seinen Ausweis persönlich einholen. Wer aber eilig fahren muß, muß ihn persönlich holen. Eine Reise von Ebing nach Königsberg und zurück kostet mindestens 30 M. und einen Tag Zeit. Das polnische Visum wieder muß mit 20 M. bezahlt werden. Also müssen wir Provinzler 15-16 Stunden Zeit und zirka 60 M. Kosten aufwenden, ehe wir überhaupt daran denken können, uns den Berliner Zug anzusehen.

Zuher führen wir von Ebing über Schneidemühl in zwölf Stunden nach Berlin und bezahlen vierter Klasse 9,60 M. Jetzt sind wir auf den D-Zug über Stettin angewiesen. Ein Bilet für dritter Klasse kostet 78,00 M. und die Fahrdauer beträgt 13-14 Stunden. Denn seit immer haben die Züge bedeutende Verzögerung. Als ich zur Reichskonferenz kam, hatten wir auf der Einfahrt dreimal Biletkontrolle, viermal Ausweis- und zweimal Gepäckkontrolle mit Öffnen der Koffer. Eine Dame und zwei Herren wurden in Neustadt von den Polen aus dem Zuge heraus verhaftet. Ganz wie im Falle Herz. Derartige Verhaftungen kommen so häufig vor, daß die Presse nicht mehr in der Lage ist, von jedem Haufe Rotz zu nehmen. Zu beachten ist hierbei noch, daß der Freistaat Danzig auf die Kontrolle der Züge vollständig verzichtet. Andernfalls hätten die Reisenden auf jeder Fahrt eine schamvolle Ausweiskontrolle zu überstehen. Wer

polnisches Gebiet berührt, ist der Gefahr körperlicher Untersuchung ausgesetzt. Es ist sogar vorgekommen, daß Frauen ihre Brust zur Überprüfung ausziehen mußten. Festgestellt ist ferner, daß die Polen eine schwarze Liste führen und mißliebige Verlon n verhaften, auch wenn ihre Papiere in Ordnung sind.

Nun haben wir ja von Königsberg aus Dampferverbindung mit Swinemünde. Ein solches Bilet kostet ungefähr das Doppelte des D-Zugpreises, und von Königsberg über Swinemünde ist man 18 Stunden nach Berlin unterwegs. Die Reedereien wissen ganz genau, was auf der Bahn los ist und scheeren ihr Schiffe.

Es tauchen verschiedene Fragen auf. Wenn die Regierung uns nicht schützen kann, wie kommt sie dazu, uns mit der Ausweis-Stempelmarke auch noch zu plündern? Sie soll einer bürgerlichen Zeitungsmeldung zufolge sogar mit der Absicht umgehen, für ihren Ausweis eine Abgabe von 9 bzw. 27 M. zu erheben. Sollen wir Deutsche Ostpreußen dafür, daß uns die Regierung nicht schützen kann, etwa noch eine besondere Steuer zahlen? Dann weiter: warum ist der Personenzugverkehr mit Berlin ausgeschaltet? Wie reisen die armen Teufel, die arbeitslos geworden sind und sich von Ostpreußen aus im Reich Erwerb suchen wollen?

Die ganzen unsinnigen Zoll- und Ausweispladereien liegen sich vermeiden, wenn in den Zügen bestimmte Wagen für den Fernverkehr reserviert und vor dem Passieren der Grenze abge-schlossen werden. Noch besser wäre es, wenn Deutschland einen wirklichen Dampferverkehr organisieren und den Verkehr durch den Korridor möglichst ableiten würde. Dazu wäre ein Durch-schnitt der Frischen Richtung bei Kahlberg und der Bau einer Mole nötig. Ebing würde direkter Seehafen für das südliche Ostpreußen werden. Die Königsberger Hafenanlagen ge-nügen ohnehin nicht. Notwendig ist weiter der Bau einer Bahn von Ebing über Ziegenhof nach Danzig. Es handelt sich dabei um eine Strecke von 7-8 Meilen. Dadurch würde Dirschau jede Bedeutung für den deutschen Durchgangsverkehr verlieren. Die Ausführung dieses Projekts scheiterte bisher daran, daß die Regat nicht finanziert war. Seitdem das der Fall ist, bietet die Ausführung keinerlei technische Hindernisse. Die Frische Richtung besaß im Mittelalter bei Bogeslang ein zweites Tief. Ebing war damals Seehafen mit blühendem Handel. Eine Danziger Flotte hat jene Bogeslanger Einfahrt zerstört und E-bing wirtschaftlichen Verfall entgegengesührt. Beide Projekte würden als staatliche Kostenträger ein paar hundert Menschen längere Zeit Beschäftigung schaffen und sich wirtschaftlich gut bezahlt machen. Sie sind nicht nur für Ostpreußen, sondern auch für das Reich von Wert, denn sie knüpfen die Bande zwischen beiden enger und Ostpreußen ist zudem landwirtschaftliches Ueberflugs-gebiet.

Ein paar Worte noch zu unserm „Korridor“. Der Machtpruch der Entente hat in keiner Weise den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen. In sich war es schon mehr als grober Anflug, ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, wie Westpreußen es darstellt, in vier Stücke zu zerreißen (zwei deutsche, ein polnisches und ein Frei-staatsstück). Den berechtigten Wünschen der Polen wäre mit Er-richtung eines Hafens in Danzig, Ueberlassung einer der Weichsel-schiffahrt und geistlicher Gleichstellung der Nationalitäten völlig Genüge getan worden. Wenn aber schon der Freistaat Danzig geschaffen wurde, hätten Dirschau, Neustadt-Bugig-Karlshaus und die Landungse Pöla in sein Gebiet fallen müssen. Das ist Danzigs natürliches Hinterland. Niemals indessen das Marienburger Werder, das nach Ebing und Marienburg hin gravitiert.

Die Grenze ist so rigoros festgesetzt, daß sie mitten durch Dörfer und Städte geht. Der Bahnhof Wischofswerder und ein Strahlenzug sind polnisch, die Stadt Wischofswerder deutsch. Marienburg ist deutsch, Kalhof eine Borsstadt von ihm, Freistaatsgebiet. In Jener und Jünger läuft die Grenze mitten durch die Dörfer. Häufig haben Leute Besitztümer in zwei Staaten. Und die Be-völkerung betrachtet die Ortsschranken nach wie vor als einheitliches Ganzes. Ein kleines Bild aus dem Leben: Ein Marienburger Arbeiter wollte aus Kalhof 30 Pfd. Leder und 16 Pfd. Schaf-nägeln nach Marienburg hinüberschmuggeln. Er wurde erwischt und vom Marienburger Schöffengericht zu einem Tage Gefängnis und 4518 M. Geldstrafe verurteilt. Die Summe kann der Mann natürlich nicht bezahlen und da das Gericht ihm einen Tag höchstens mit 10 M. anrechnet, wird er 1 1/2 Jahre über Zelle und Staatsgrenzen nachdenken können.

Mancherlei wäre noch anzuführen. Schon das vorstehende Bild zeigt, wie unnatürlich die ganzen Verhältnisse in Ost- und West-preußen sind. Wenn Reichstag und Landesversammlung hier nicht auf Abhilfe drängen, wird die Regierung kaum etwas Durch-greifendes gegen die Mißstände unternehmen.

## 4. Internationale Buchbinder-Konferenz

Vom 28. September bis 1. Oktober fand in Bern die 4. Inter-nationale Buchbinderkonferenz statt. Als Gäste nahmen an den Verhandlungen teil: der internationale Sekretär der Buchdrucker Statuier, Bern, der internationale Sekretär der Lithographen Voels, Brüssel, für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund Durr, Bern und als Vertreter des Internationalen Arbeits-amtes in Genf Herr Rikhaud, Genf.

In der Diskussion über den Bericht des internationalen Sekre-tärs, debattierte Grünfeld-Wien, daß sehr viele Verbände ihrer Pflicht zur Beitragszahlung nicht nachgekommen seien, und daß eine Anzahl Landesorganisationen trotz aller Anträge nichts von sich hören lassen, z. B. Amerika. Weiter schilderte er die Zu-stände in Ungarn, sowie die mangelnde Solidarität der ameri-kanischen Organisationen, die von organisierten europäischen Kollegen ein Eintrittsgeld von 20 Dollar, trotz des Nachweises der Organisationszugehörigkeit verlangen. — Van Staegen-Brüssel wünscht Klärung der Frage, ob die mit ihren Sekretariatsbeiträgen im Rückstand befindlichen Organisationen zur Teilnahme an der Konferenz berechtigt seien. — Von der Beal, Amsterdam bezeugte, daß die Organisationen in den neu-tralen Ländern keine Beiträge während der Kriegszeit leisten wollten, weil der damalige internationale Sekretär Übernations-lich gehandelt gemessen sei. — Vertreter der englischen Organi-sationen erklärten, ihren Verpflichtungen sofort nachkommen zu wollen, die skandinavischen Vertreter schlossen sich dieser Erklärung an, desgleichen die Schweizer. — Fischer, Prag erhob Einspruch gegen die Separation der deutschsprachigen Kollegen-schaft in dem schweizerischen Staat. — Der Vertreter Ita-liens erkannte ebenfalls ihre finanziellen Verpflichtungen dem Sekretariat gegenüber an. — Ein Vertreter Ungarns berichtete kurz über ungarische Verhältnisse. Der ganze Krieg habe nicht so viel Schaden angerichtet als die Räteherrschaft und deren Folgezeit. Vor dem Kriege war in Ungarn unsere Kollegen-schaft zu 93 Prozent organisiert. Heute liegt der Beruf völlig am Boden. Daß heute noch in Ungarn Unterstützung gezahlt werden kann, ist dem Internationalen Sekretariat zu danken, dessen Aufforderung zu Sammlungen gute Resultate gezeitigt habe. Das Internationale Mitteilungsblatt sollte möglichst monatlich erscheinen. — Harraway, England erklärte, daß für uns Arbeiter alles Vergangene begraben sein sollte. Der wirt-schaftliche Feind der Arbeiterschaft habe noch immer die Gewalt in Händen: das Kapital. Dieses gelte es zu bekämpfen, aber nicht die eigenen Arbeitsbrüder. Eine der englischen Organisationen habe Anfang August 1914 eine Generalversammlung gehabt, durch die der Anschluß an die Internationale beschlossen werden sollte. Diese Tagung wurde durch die Kriegserklärungen gestört. Jetzt aber erkläre er seinen Anschluß erneut. — Van Staegen-Brüssel hat von der Tätigkeit des früheren Sekretärs nicht viel

gemerkt. Er geht auf die Pariser Sonderkonferenz näher ein. — Rasmussen-Dänemark gab einen eingehenden Bericht über den Umfang und die Tätigkeit des dänischen Verbandes. — Der internationale Sekretär Hauelsen-Berlin: Daß eine beson-dere Zufriedenheit mit der Tätigkeit des Internationalen Sekre-tariats nicht geäußert werde, sei vorausgesehen worden, aber die Kritik sei noch immer vorwärtstreibend gewesen, und sie werde es auch hier sein. Eine regelmäßige Herausgabe des Mitteilungs-blattes in kürzerer Zeit sei der hohen Kosten wegen nicht mög-lich. Er bedauert, daß Frankreich nicht vertreten sei. Hätte die dortige Organisation Interesse an der internationalen Verbin-dung, dann würde es eine Vertretung entsandt haben. Die Si-tuation sei gegenwärtig so, daß die Arbeiterschaft, genau wie es der englische Delegierte gelagt habe, einig sein müsse. Wir als Arbeiter sollen unter alles, was geschehen sei, einen tiefen Seich ziehen. Der Verlauf der Konferenz zeige, daß ein großer Schritt zum Wiederaufbau der beruflichen Internationale gemacht würde.

Nachdem wurde auf Vorschlag der Italiener eine Abord-nung zum Schweizer Bundesrat entsandt, um trotz allem noch-mals zu versuchen, den inzwischen in Basel eingetroffenen rus-sischen Delegierten die Einreiseerlaubnis in die Schweiz zu er-wirken. Die Tätigkeit dieser Abordnung hatte keinen Erfolg.

Ueber den Wiederaufbau der internationalen Beziehungen referierte Hauelsen-Berlin. Schon die bisherigen Verhand-lungen haben gezeigt, daß der Wiederaufbau der beruflichen In-ternationale von allen Teilnehmern an der Konferenz gewünscht wird. Nun sei es Pflicht der einzelnen Delegierten, für ihre Or-ganisationen den Anschluß zu erklären. Dann könne praktische Arbeit geleistet werden. Eine Umfrage ergab, daß sich sämtliche vertretenen 14 Organisationen aus 12 Ländern zum Anschluß be-reit erklärten, respektive diesen vollzogen. Nachdem dies ge-schehen, erhob Fischer-Prag Protest gegen die Zulassung der selbständigen Organisation der deutschsprachigen Kollegen-schaft in der Tschechoslowakei, die ihren Sitz in Reichenberg i. B. hat. Man sollte und müsse diese Separation genau so behandeln, als früher die separatistischen Tschechen behandelt worden seien. Auch für die Tschechen sei eine einheitliche Organisation notwendig und man dürfe nicht zulassen, daß lediglich der Sprache wegen eine separatistische Organisation geschaffen werde. — Metzner-Reichenberg, der Vertreter der angegliederten Organisation, wendet sich gegen den Protest. Nach seinen Angaben machte sich die Separation notwendig, infolge der Drangsalierungen der Deutschen durch die Tschechen. Er erstattete eingehend einen Be-richt über die Gründungsgeschichte seiner Organisation. Auch diese habe sich den Beschlüssen des ihr übergeordneten Gewerkschaftsverbandes zu fügen. Eine ganze Anzahl deutscher Organi-sationen der Tschechoslowakei sind den Berufsinternationalen an-geschlossen. Warum sollte das bei den Buchbindern anders sein? — Nach längerer Aussprache über diesen Gegenstand wurde be-schlossen, beide Organisationen bis zur endgültigen Regelung der ganzen Frage durch die Internationalen Gewerkschaftskongress zuzulassen. — Grünfeld-Wien wies darauf hin, daß der Krieg mit dem Unternehmertum jetzt mit verächtlichen Mitteln geführt werden müsse. Darum brauchen wir die berufliche Internationale mehr denn je. Jedes Land, das auf sich allein angewiesen ist, muß zu Grunde gehen, wie das Beispiel von Ungarn zeige. Dem Internationalen Sekretariat obliegen für die Folgezeit wichtige Aufgaben, das Studieren der Lohnprobleme, Trennung der Män-ner- und Frauenarbeit, die Heimarbeit, das Verhältnis zu den übrigen arabischen Organisationen und vieles andere mehr. Er regt weiter an, die Beiträge an das Internationale Sekretariat in der jeweiligen Landeswährung zu zahlen. (Schluß folgt.)

## Gewerkschaftliches

### Streikdrohung des Zentralverbandes der Fleischer

Unter dieser Spitzmarke beschäftigt sich die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ mit dem Artikel des „Vorwärts“ in Nr. 494.

Wir wollen die Ausführungen des Unternehmerorgans etwas niedriger hängen. Es stimmt nicht, daß alle Verkäuferinnen dem deutschen Fleischergefellensbunde angehören. Wenn es der Fall wäre, so hätte die freie Gewerkschaft keine Verkäuferin als Mitglied, auch gäbe es keine unorganisierte. Beides trifft aber in größerem Maße zu, als den Unternehmern und ihren Söldlingen lieb sein dürfte. Der Scheintarif, der zwischen dem gelben Bund, pardon, Hirsch-Dunckerischen Gemeinschaft und dem Zweiferverband abgeschlossen ist, ist von derselben Güte wie die früher von jener Arbeitnehmergruppe gefälligen. Er ist Sand in die Augen derer, die noch nicht klar erkannt haben, daß ihre Interessen nur von einer selbständigen Organisation vertreten werden können.

Das Unternehmerorgan bezweifelt, daß bei einem eventuellen Streik der Fleischergefellens die Konsumenten auf leiten der um eine menschenwürdige Existenz ringenden Fleischergefellens und Verkäuferinnen sein würden. Den Herren wird es erst zum Bewußtsein kommen, wenn es so weit sein wird. Oder glauben diese, daß die gesamte Arbeiterschaft und mille Kreise der übrigen Bevölkerung es verstehen und begreifen würden, daß von einer Ein-haltung der gesetzlichen Arbeitszeit keine Rede sein kann, daß sich Fleischermeister Ausdrücke erlauben können, wie: „Wartet nur, jetzt bestimmen wir wieder, wie lange gearbeitet wird“, daß Sonntags 6-7 Stunden gearbeitet werden muß, daß Wochenlöhne von 60 und 80 Mark gezahlt werden?

Wir haben die feste Zuversicht, daß wir in unserem Kampf eine sehr starke Hilfe haben werden in der gesamten Bevölkerung.

So lange haben die Herren vom Hadlog jede Verhandlung ab-geliegt. Trotz Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses, mit dem Zentralverband der Fleischer über einen Tarifvertrag zu ver-handeln, versucht man die weitaus größte Organisation auszu-schalten. Es bleibt uns kein anderer Weg als der der Selbsthilfe. Wir ersuchen die gesamte Arbeiterschaft, auf die Mitteilungen in der Presse zu achten. Zentralverband der Fleischer.

### Drohender Streik im Eisenhandel!

Seit 6 Wochen werden die Arbeiter des Eisenhandels durch die Verschleppungstaktik des Arbeitgeberverbandes an der Ruhe herumgeführt. Durch Schiedsspruch wurde am 4. September dem Arbeiter eine 15-prozentige Lohnerhöhung zugesprochen. Obwohl die Lohnhöhe auch dann noch erheblich hinter den Löhnen anderer Arbeitergruppen — die ähnlich schwere Arbeit zu leisten haben — zurückblieb, beschloß die Vollversammlung die einstimmige An-nahme des Schiedsspruches. Die Unternehmer dagegen lehnten einmütig ab. Der Demobilisationskommission lehnte die Verbindlichkeitsverklärung in uns völlig unveränd-licher Weise — die nur auf die Unkenntnis der gesamten Lage zurückgeführt werden kann — ab. Ein Versuch des Arbeitsminis-teriums, die Parteien zu einer Einigungsversammlung zusammen-zubekommen, wurde von den Arbeitgebern als zwedlos abgelehnt. Durch alle diese Taktiken hat sich der Arbeits-schaft eine Erregung bemächtigt, die schließlich zur Explosion kom-men kann. Nun soll ein letzter Versuch unternommen werden. Am Montag, den 11. Oktober, soll ein Schiedsgericht im Arbeits-ministerium einen neuen Schiedsspruch fällen. Am Dienstag-abend 8 Uhr wird dann eine Vollversammlung im Gewerkschafts-baus Stellung nehmen.

Sollte dieser letzte Versuch nicht zu einer, die Wünsche der Arbeiter befriedigenden Klärung führen, so ist der Streik un-ermeidlich. Da die Arbeitseinstellung dieser Gruppe die Rohstoff-verordnung der gesamten Berliner Metallindustrie aufs härteste ge-fährdet, möchten wir die Kapene, Druckmüller, Steffens u. A. W. Hoffen usw. in letzter Stunde noch einmal auf den ungeheuren Ernst der Lage hinweisen.

### Schiedsspruch im Einzelhandel

Im Reichsarbeitsministerium wurde gestern nach stundenlangem Verhandlung ein Schiedsspruch gefaßt, der die Forderungen der Arbeitgeber auf Lohnabbau der Gehälter der Angestellten und jugendlichen Angestellten ablehnte. Der Schieds-spruch bringt weiter zum Ausdruck, daß die gegenwärtig geltenden

**Kassette bis zum 31. Dezember 1920 verlängert werden und daß lediglich die verheirateten Angestellten eine zehnprozentige Gehaltszulage erhalten sollen. Ueber die Einzelheiten dieses Schiedspruchs wird in einer demnächst stattfindenden großen Versammlung Bericht erstattet werden und die Angestellten werden alsdann über diesen Schiedspruch abstimmen müssen.**

**Wir bitten, die Anzeigen in den Tageszeitungen in den nächsten Tagen zu beachten.**  
Vor Aufforderung unsererseits ist keine Abstimmung in den Betrieben vorzunehmen.

**Sämtliche Betriebsräte Berlin-Nichtenbergs.** Sonnabend, den 9. Oktober, abends 7 Uhr, Besprechung mit dem Arbeitslosenrat Berlin-Nichtenberg im Restaurant Kau, Friedrich-Karl-Str. 11. Tagesordnung: „Politische Lage und die Erwerbslosen.“ Besprechung über die aus den Betrieben für die Erwerbslosen eingegangenen Gelder.

**Achtung! Typset!** Die gestrigen Verhandlungen sind wiederum gescheitert. Die Unternehmer wollen den Schlichtungsausschuß anrufen. Wir ersuchen die Kollegen, im Laufe des heutigen Vormittags sich mit unserem Bureau, Morikplatz 8897, in Verbindung zu setzen.

**Arbeitslosenräte Groß-Berlins.** Sonnabend, den 9. Oktober, vormittags 12 Uhr, findet eine Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeitslosenräte statt in den Räumen Klosterstr. 92, 2 Tr. Persönliches Erscheinen aller wegen der Wichtigkeit unbedingte erforderlich.

**Jugendliche Angehörige.** Die Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten leidet die jugendlichen Kollegen und Kolleginnen zu dem am Sonntag, den 10. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, in den Sophienischen Konstantinischen Monatsversammlung ein. Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Kilmann über: „Unser Kampf in der freien Gewerkschaft.“ Im Hinblick auf die Aussprache werden dann noch Klavier zur Laute vorgelesen.

## Groß-Berlin

### Auflösung des Kohlenverbandes Groß-Berlin

Nach einem im Reichsanzeiger veröffentlichten gemeinsamen Erlass des Ministers des Innern und des Handelsministers sind die Rechte und Pflichten des Kohlenverbandes Groß-Berlin mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 ab auf die neue Stadtgemeinde Berlin übergegangen.

Damit hat gleich dem Wohnungsverband nunmehr auch der Kohlenverband Groß-Berlin zu bestehen aufgehört.

Seine Rolle hat die neue Groß-Berliner Stadtgemeinde übernommen. Zur Zeit stehen dieser inoffiziell ausführende Organe noch nicht zur Verfügung. Um die Fortführung der jetzt besonders wichtigen Geschäfte des Kohlenverbandes auch während dieser Uebergangszeit zu ermöglichen und zu sichern, ist daher zugleich angeordnet worden, daß die bisherigen Verwaltungsstellen des Kohlenverbandes, nämlich der Verbandsausschuß und die Kohlenstelle Groß-Berlin, bis zur anderweitigen Regelung durch die neue Stadtgemeinde ihre Tätigkeit, und zwar nach den Weisungen des neuen Gemeinwesens, vorläufig weiter auszuüben haben.

### Proletarische Feierstunden

Sonntag vormittags 11 Uhr im Großen Schauspielhaus, unter Mitwirkung von Frau Ulla Durieux, Rezitation — Frau Ida Harz zur Kieden, Gesang — Herr Gottfried Jelesander, Cello — Herr Drwenski, Orgel. Eintrittskarten a 2,50 M. sind zu haben in unserem Bureau, Breite Str. 8-9, Buchhandlung „Freiheit“, Stargarder Str. 13; Göhe, Tresekonstr.; Wacht, Johannisstr. 9 und am Sonntag im Theater.

**Vorbildliche Parteilarbeit** hat der Genosse Franz Karraus geleistet, der heute 60 Jahre alt wird. Seit 40 Jahren wirkt Karraus ununterbrochen für die Sache des Sozialismus. Sein Arbeitsfeld war der frühere 3. Kreis. Rednerisch nicht hervortretend, arbeitete er mehr im Stillen. Bei Gründung des Wahlvereins im 3. Kreise im Jahre 1890 übernahm Karraus den Posten eines Bezirksführers. Treu stand er auf seinem Posten und füllte ihn bis zum heutigen Tage aus. Unendliche Mühe und großen Opfermut verwendete er auf die Agitation. Sein Bezirk war immer einer der besten. Den Kampf um Mostau beklagt er sehr, weil er eine Schwächung unserer Kampftrakt fürchtet. Die Genossen des 5. Distrikts wünschen dem Sechzigjährigen, daß er noch recht lange in der Lage sein möge, für unsere Sache zu wirken. Diesem Wunsche schließen wir uns von Herzen an. Mögen andere sich die Treue und Ausdauer Karraus zum Vorbild nehmen.

**Die Kinderhilfsmission der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) von Amerika** bittet um Aufnahme folgender Zuschrift:

Wie man uns mitteilt, waren in Neudölln Plakate eines evangelischen Propaganda-Ausschusses gegen die Errichtung weltlicher Schulen angehängen, in denen das Hilfswort der Quäker für Sondergewebe ausgenutzt wurde.

Demgegenüber betonen wir mit Nachdruck, daß wir jedes Vorgehen ablehnen müssen, welches unter Hilfswort in den Dienst irgendeiner bestimmten Gruppe einzuspannen sucht. Uns sind alle Menschen Brüder und Schwestern; Ausdruck seiner Brüdergemeinschaft ohne Grenzen, ohne Bewertung oder Rücksicht auf Partei und Richtung, will unser Hilfswort sein.

Im Friedrichshain erhängt aufgefunden wurde gestern ein unbekannter Mann. Der Tote ist etwa 40 bis 45 Jahre alt und 1,63 Meter groß und untereicht, hat blondes Haar und blonden Bart und am rechten Daumen eine alte Narbe und trug eine schwarzfarbige Hose, eine Weste aus Militärstoff, ein grauarfarbtes Jackett, Schnallenschuhe und eine braune Mütze. Sein Taschentuch ist R. R. gezeichnet.

Zur Ausbildung von tüchtigen Maschinenschreiberinnen sind an drei städtischen Wahlfortbildungsschulen für Mädchen Fachklassen für Maschinenschreiben und Kurzschrift eingerichtet, nämlich: SW 61, Johanniter Str. 8, C 2, hinter der Garnisonkirche 2, R. 20, Hochstr. 46.

Die Klasse hat 26 Wochenstunden Unterricht. Der Kursus dauert ein halbes Jahr. Das Schulgeld beträgt für den ganzen Kursus 100 M. und kann in zwei vierteljährlichen Teilzahlungen von 50 M. entrichtet werden.

Bedürftige Schülerinnen erhalten Freistellen. Allen Schülerinnen, die zum Oktober die Schule verlassen und den Beruf einer Stenotypistin ergreifen wollen, kann der Besuch dieser Kurse im eigenen Interesse empfohlen werden.

Die Verstädtlichung der Schuljahrskliniken. Am 1. Oktober d. J. sind die bisher dem Volksausschuß für Zahnpflege in Groß-Berlin unterstehenden 4 Berliner Schuljahrskliniken in der Brandenburgerstraße 78-79, Hochstr. 4, Blumenstr. 77 und Bergstr. 58 auf die Stadt Berlin übergegangen. Die Schuljahrskliniken unterstehen der Deputation für das städtische Gesundheitswesen. Unmittelbare Aufsichtsbehörde ist das Medizinalamt C 2, Fischerstr. 39-42.

**Volkshilfsamt Neudölln.** Zu der am Sonntag, den 10. Oktober d. J., abends 7 Uhr, stattfindenden Doppelveranstaltung der Stadtgemeinde und zwar in a) der Realschule, Boddinstr. 34-38, Urban; Lichtbildvortrag: „Närrische Heimat, sind Eintrittskarten zum Preise von 0,75 M., Garberöbe 20 Pfg. und b) Gymnasium, Kaiser-Friedrichstr. 208-210, Brandt; Reuter-Regitator, Ingeborg Heiberg; Gesänge, sind Karten zum Preise von 1 M., Garberöbe 20 Pfg., an der Abendkasse erhältlich.

**Proletarisches Theater.** Die Eröffnungsvorstellungen am 14. und 15. Oktober müssen verlegt werden. Sie finden statt am 13. und 15. Jahresthebe 13. Spielplan: „Gegen den weißen Schrecken für Sowjet-Rußland.“ Karten 3 M., Arbeitslose 1 M. an der Kasse. Siehe Anzeige.

### Aus den Organisationen

**Justizdirektoren Konflikt.** Gestern teilte für das Vordringen der Klage in den Sonntagssammlungen. Die Klage ist in den Distrikten von den bekannten Stellen abgehoben.

**17. Verwaltungsbereich Nichtenberg-Friedrichsstraße u. a.** Wegen der am Sonntag, den 10. Oktober, um 10 Uhr stattfindenden öffentlichen Versammlung fällt die Freilassung aus.

**4. Distrikt.** Am Sonntag große Parteivorstellungen. Dazu sollen die Klageführer 12 1/2 1/2 vom Genossen Helmuth Klafate abholen.

**4. Distrikt.** Montag abends 8 Uhr Distriktskonferenz in der Schulstraße, Reichensberger Str. 67. Hierzu sind auch die Abteilungsabläufe der Kommissionen einzuhalten.

**6. Distrikt, 3. Abteilung.** Heute abends 6 1/2 Uhr wichtige Abteilungsversammlung. Schulstraße, Reichensberger Str. 67.

**7. Distrikt.** Montag, abends 7 Uhr, bei Krumbach, Waisenamt Str. 41, Distriktskonferenz.

**16. Distrikt.** Heute abends 8 1/2 Uhr, Schulstraße, Reichensberger Str. 67. Eintrittskarten sind am Eingang zu haben. Arbeitslose des Distrikts norm. in der Sebastianstraße, Kreuzstraße, Plakate abholen.

**11. Distrikt.** Sonnabend, 14 Uhr, Geländekanal der Schule, Gartenstr. 15. Kartenträger über das Thema: „Wie hält man einen Jahrling ab?“ Ref.: Genosse Holtenberg und Wilhelm.

**15. Distrikt.** Sonntag, vormittags 9 1/2 Uhr, gemeinschaftliche Kostenaufstellung des neuen und alten Vorstandes (Uebergabe der Geschäfte) bei Krüger, Volkshilfsstr. 10. — Montag, abends 7 1/2 Uhr, Funktionärstag bei Krüger.

**18. Distrikt.** Sonntag, früh 9 Uhr, Distriktskonferenz, Hochstraße, Waisenamtstr. Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht.

**Reinhold.** Montag, abends 7 Uhr, Funktionärstag im Jugendheim.

**Schöneberg-Friedensstr.** Plakate für Sonntagssammlung sind jetzt in der Wilmersdorfer-Schwergendort-Brummsch. Montag, den 11. Oktober, 1/2 Uhr, bei Urban, Wilmersdorfer, Berlin Str. 48-49, Funktionärstag.

**Niederhirschenstein.** Am Dienstag, den 12. d. M., abends 7 1/2 Uhr, bei Motz, Fischerstr. 70, Sitzung der Parteikonferenz.

### Bereinskalender

**Transportarbeiter-Verband, Section 1, Reberstraße.** Sonntag vorm. 10 Uhr im Lokal von Schul, Königsgarten 2 (am Alexanderplatz), Brandenburger-Versammlung. — Die Vertrauensleute der Transportarbeiter aus den Teilungsbetrieben erhalten bis auf weiteres ihre Informationen täglich von 1-3 Uhr im Lokal von Eilam, Charlottenstr. 67.

**Zentralverband der Angestellten.** Am Sonntag vormittags um 11 Uhr findet im Bahnhofsamt eine große öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Annahme des Schiedspruchs über Streik. Die Funktionäre werden gebeten, die Hand zu setzen zu dieser Versammlung am Sonntag vormittags bis 1 Uhr abzuholen.

**Zentralverband der Angestellten.** Nachgruppe 9 (Vedderstrichstr.): Öffentliche Versammlungen am Sonntag, den 10. Oktober, Neus. Wilhelmstraße, Köpenicker Str. 98, für den Schuljahrsabend 10 Uhr vorm. im Kassenlokal, für die Schuljahrsabend 11 Uhr vorm. im Jagdlokal, Nachgruppe 17, 2 a (Hauptstrichstrich): Mitglieder-Versammlung, Montag, den 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, Schulstraße, Neus. Jochstr. 24-25. — Die für den 11. Oktober angeplante Versammlung der gesamten Angestellten des Teilungsbereichs im Reberstrichhaus findet nicht statt, weil durch Verschiebung der Verhandlung auch eine kurze Versammlung der Versammlung notwendig geworden ist. Der tatsächliche Versammlungstermin wird nach bekanntgegeben.

**Band der technischen Angestellten und Beamten, Berlin NW 2.** Dienstag, den 12. Oktober, Mitglieder-Versammlung, abends 8 Uhr, im Jugendhaus, Rathenauer Straße 8 a.

**Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter, Hl. Elizabeth.** Sonntag, den 9. Oktober, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Clemens, Dippelstr. 7. Bericht von der Generalversammlung.

**Freiwillige Gemeinde.** Sonntag, vorm. 11 Uhr, im Bürgeramt des Rathauses, Rinaltische, Vortrag des Herrn Dr. F. Krüger über die Freundschaft. — Harmonische: Sandmannchen (Stuhms). Gäfte willkommen.

**Sozialistische Praktiker-Jugend, Kreis sozialistische Jugend Charlottenburg.** Dienstag, den 12. Oktober 1920, Jahresversammlung. Beginn der Sitzung 1/2 Uhr, Kolonnenstr. 7, im Restaurant Raha. Um zeitliches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

**Verantwortlich für die Reichsliste: Geo. Lieblich, Berlin-Friedensstr.** Verantwortlich für den Infortentell: Ludwig Kammerer, Karlsruhe. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin C 7, Reiche Straße 90.

## Zur Aufklärung!

„Kukirolo“, das schnell und sicher wirkende Mittel gegen Nühneraugen, Hornhaut,

Schwiele und Warzen ist in großem Format für die Klatur vorstellbar, als in kleinem.

Da „Kukirolo“ lange Zeit haltbar ist, so wird es von jetzt ab nur noch in großem Format hergestellt, zumal der Preisunterschied nur 50 Pf. beträgt. Preis des alten Formats M. 2,50, des neuen M. 3.—.

„Kukirolo“ ist in Apotheken und Drogerien erhältlich. Achten Sie aber genau auf den Namen.

# Sie müssen den Stoff fühlen



das weich-wollige, widerstandsfähige Gewebe auf sich wirken lassen, das gehaltvolle, flauschige Material durch die Finger gleiten lassen, und Sie werden wissen, daß Sie hier etwas wirklich Gutes vor sich haben.

Damit vergleichen Sie dann unsere Preise. Sie werden staunend die Leistungsfähigkeit begreifen, die dazu gehört, um Ihnen diese Mäntel so billig verkaufen zu können. Mäntel, von dieser ausgesprochenen Güte, in streng moderner, eleganter Aufmachung mit den beliebtesten, dezenteren Karos in lebhaften Farbstellungen, den linken für den rechten für

350.- 275.-



Königstr. 33 Chausseestr. 113  
Am Bahnhof Alexanderplatz Beim Stettiner Bahnhof

